



Werte Leser*innen, wir – **Loewenherz e.V.** – widmen uns seit einigen Jahren den lokal-kommunalen Herausforderungen in globalen und gesellschaftlichen Zusammenhängen und arbeiten daran, diese breitenwirksam in den lokalen Gemeinden bekanntzumachen und im kommunalpolitischen Handeln mit strukturbildender Wirkung zu verankern. Es geht dabei um:

- Zuwanderung – Migration, Flucht;
- Lokale Demokratie – Chancengleichheit, gerechtes und selbstbestimmtes Zusammenleben in einer solidarischen, gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus gewandten Gesellschaft;
- Eigenverantwortung – gesellschaftliche und politische Teilhabe sowie
- Klimaschutz – nachhaltiges Wirtschaften und Konsumieren.

Positionspapier zu offenen Fragen auf der Grundlage unserer breitgefächerten Aktivitäten

1

ሎሽን፡ ኸርትስ፡ ግህበር
Loewenherz e.V.

Ich – Vereinsvorsitzender und Verfasser dieses Aufsatzes –, möchte an dieser Stelle die Relevanz einzelner Migrations- und Fluchtbewegungen in Anbetracht ihrer globalen Zusammenhängen betonen. Sie geben Auskünfte über Migrations- und Fluchtgründe sowie über die Erfahrungen, Erlebnisse und Wahrnehmungen der im Land Brandenburg bzw. im Landkreis noch lebenden Zugewanderten. Das Wichtigste ist, mit den zugewanderten Menschen zu reden und nicht über sie zu sprechen.

Warum müssen wir – Loewenherz e.V. – Dasein? Was macht unsere Aktivitäten besonders und anders? Wie können wir unserer Verantwortung gerecht werden?

Es gibt vielfältige Gründe und Missstände, weshalb wir gebraucht werden und die unsere Tätigkeiten notwendig machen. Der vielschichtige Beitrag des **Loewenherz e.V.** erstreckt sich im Landkreis auf mehrere Bereiche: Empowermentarbeit mittels themenbezogener Workshops, Kulturarbeit, Hilfeleistung bei sozialen Beratungsfragen, Initiieren gesamtgesellschaftlicher Dialogprozesse und Interessenvertretung in politischen Gremien, Ausschüssen und Arbeitsgruppen, u.a.

- **Unsere Nähe und anhaltenden Dialoge mit geflüchteten und migrierten Menschen sowie die Erfahrungen, die wir durch breitgefächerte Aktivitäten gewinnen, stärken die Klarheit, Korrektheit und die Glaubwürdigkeit unserer Aussage und unseres Handelns. Sie geben uns die Gewissheit, die anhaltenden Herausforderungen mit der nötigen Entschlossenheit und Zuversicht anzugehen.**

Um die Lokalgesellschaften nachhaltiger, gerechter, weltoffener, solidarischer und sozialer zu gestalten, finden die örtliche Bewohnerschaft mit und ohne Migrations- und Fluchtbiographie Lösungsansätze nur, wenn sie miteinander statt übereinander reden.

In diesem Sinne sind wir – **Loewenherz e.V.** – weiterhin offen für eine kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit divergierenden politischen Ansichten und für das Moderieren gesellschaftlicher Konflikte. Wir suchen den bewussten, kritisch-konstruktiven Dialog zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses. Dabei setzen wir auf Vernetzung, Einbindung und



Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen, politischen, staatlichen Akteur*innen vor Ort aus den Bereichen Schule, Vereine, Institutionen, Parteien, Verwaltung, Gemeindevertretungen, etc.

Es geht in unseren Aktionen des "Brückenbauens" um Teilhabe und aktive Partizipation aller dialogbereiten Menschen auf lokal-kommunaler Ebene sowie um gesellschaftliche und politische Gestaltungsprozessen vor Ort.

Unser Streben nach Identitätsbildung, größtmöglicher Breitenwirksamkeit bzw. Ausweitung unserer aktiven Präsenz der letzten Jahre in den Kommunen bringen jedoch ebenfalls Bedenken und Fragen mit sich und es besteht somit Klärungs- und Diskussionsbedarf. **Wichtig anzumerken ist die auch teils immer wieder noch umkämpfte Akzeptanz von Loewenherz e.V. und die damit verbundene, schwierige Sicherstellung von verlässlichen Ressourcen für unsere Vereinsarbeit.**

Die wahrnehmbare Tatsache – "Geld ist Macht." "Geld bedeutet Einfluss." – hat uns veranlasst, über die solide, stabile Verknüpfung der wirkungsorientierten Realisierung unserer Tätigkeiten mit der Formgebung sicherer langfristiger Bereitstellung dafür benötigter Geldressourcen nachzudenken. Das Bedenken nehmen wir vor allem in den Blick, dass unsere offene, transparente

Auseinandersetzung mit Entscheidungsträger*innen kommunaler Angelegenheiten vor dem Hintergrund struktureller Machtungleichheiten stattfindet.

Über Demokratie zu reden ist leichter als Sie zu leben!

○ Wir – Loewenherz e.V. – senden an die zum dialogbereiten Menschen mit und ohne Migrations- oder Fluchtbiografien die Botschaft, dass sich endlich jede(r) von uns der Verantwortung stellt, mit unseren Gemeinden über gesellschaftliche Missstände und Unrecht zu sprechen sowie in einen politischen Dialog über soziale (Chancen-)Ungleichheit, Menschenrechtsverletzungen und rassistische Diskriminierungen

im Landkreis zu treten. Das ist ein Aufruf an uns alle zu handeln!

Warum gelingt es uns nicht, eine strukturierte und stabile Plattform sowie politische Präsenz von Menschen mit Migrations- und Fluchtbiografie im Landkreis aufzubauen?

Bei meinen Besuchen und Gesprächen mit geflüchteten Menschen wurden mir einerseits ähnliche



bzw. sich ständig wiederholende Ängste, Sorgen und Nöte beim Zusammenleben und -treffen mit Einheimischen bzw. Ämtern mitgeteilt. Dieses zu analysieren, die kommunalpolitischen Akteur*innen zu informieren und gemeinsam wegweisende und tragfähige, strukturbildende Maßnahmen herauszuarbeiten, haben wir uns als **Loewenherz e.V.** zur Herzenssache gemacht.

Andererseits ist von Teilen der Lokalbevölkerung vermehrt eine fehlende Wertschätzung und ein fehlendes Verständnis von Zugewanderten wahrzunehmen, welches auch in ein wachsendes Misstrauen, Ablehnung, rassistische Diskriminierung und Vorbehalte gegenüber Menschen mit Migrations- oder Fluchtbiografie — insbesondere Schwarzen Menschen — mit sich bringen. Migrations- und Fluchtbewegungen lösen im Land im jeweiligen historischen und politischen Kontext neue Aushandlungsprozesse des Zusammenlebens zwischen Zugewanderten und der einheimischen Bevölkerung. Dies wird derzeit in der Presse und in einigen Studien verstärkt wahrnehmbar. Dazu gehören

- erstarkte, medienwirksame rassistische Kommentare und Äußerungen in Print- und Online-Medien aller Art,
- stärker werdende rechtspopulistische Bewegungen bzw. Gruppierungen mit verstärktem Gedankengut von Rassismus, Diskriminierung, Vorurteilung usw.
- Vorbehalte und sinkende Bereitschaft von großen Teilen der Lokalbevölkerung gegenüber gesellschaftlicher Diversität bzw. zur Aufnahme von geflüchteten Menschen.

Jedem ist klar, es geht um wirklich ernste und konkrete Probleme. Im Geist der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bedarf es transparenten Entscheidungen der Kommunalpolitik und der Lokalgesellschaften im Aushandlungsprozess des Zusammenlebens.

Der Sinn der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Landkreis oder Land ist nach Wahrnehmung vieler migrierten und geflüchteten Menschen — bezogen auf mögliche gemeinsame Werte wie Freiheit, Selbstbestimmtheit, Chancengleichheit, Toleranz, die ein Gefühl von Zusammengehörigkeit ausmachen — nicht gegeben. Die Eigenverantwortung aller lokalen Einwohner*innen, um eine solidarische Wertegemeinschaft bemüht zu sein, soll die Basis für eine erstrebenswerte Zukunft sein.

Was hält eigentlich unsere Lokalgesellschaft in ihrem Inneren zusammen? Und wie stabil ist eigentlich unsere Lokaldemokratie?

Ich stelle häufig fest, dass Diskussionen mit dem Thema Rassismus die Abwehrreaktionen des Gegenübers hervorrufen. Warum? Weil es das Selbstbild des Gegenübers in Frage stellt, begründen das fehlende Interesse an der Auseinandersetzung mit Rassismus und der eigenen kritischen Reflektion Ängste.

Meine Wahrnehmung, Erfahrungen — resultierend aus mehreren Dialogen und Interviews von geflüchteten und migrierten Menschen im Landkreis und in Potsdam — zeigen, dass gesellschaftlicher, institutioneller und struktureller Rassismus eine nicht nur empfundene, sondern im Alltag, bis hin zur Gewalt, reale Erfahrung für viele der in Brandenburg lebenden und anders aussehenden Menschen ist¹.



Die Istzustände rufen das Gefühl von mangelnder Wertschätzung und Anerkennung hervor und daraus resultiert ein Zurückziehen sowie das

mangelnde Interesse von zugewanderten Menschen an aktiver Teilnahme an der institutionellen bzw. projektbezogenen Zusammenarbeit.

Diesem Sachverhalt liegen auch andere unmittelbare, dringendere Bedürfnisse und Nöte der Personen mit Fluchtbiographie zugrunde. Politisches Engagement steht selten oben auf der Prioritätsliste, wenn Menschen eher dringend einen Sprachkurs oder einen Job suchen, der ihnen ermöglicht ihre Familien besser unterstützen zu können.

Dann vermisse ich generell in Brandenburg ein Umdenken in den migrantischen Selbstorganisationen. So z.B. dass wir nicht nur eine Brücke zur Politik sind, sondern dass wir Hauptakteur*innen in politischen Prozessen sind und erst dann eine soziale Rolle erfüllen, in dem wir z.B. auch anderen Gleichgesinnten Beratung und Unterstützung anbieten. Dass einige Organisationen es nicht hinkriegen, hat sicher auch mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu tun, ist aber nicht der einzige Grund. Im Übrigen tragen Menschen mit Migrationsbiografie auch dazu bei, dass wir den Ruf der schlecht organisierten Migrant*innen nicht loswerden. Sie sagen, sie tun viel Empowermentarbeit, aber in Wirklichkeit geht es ihnen ebenfalls nur um Macht. Das ist ebenfalls inakzeptabel, so wie die Machtgefälle in einer mehrheitlich „weißen“ Gesellschaft. Auch das müssen wir kritisch beleuchten.

Das wahrnehmbare Desinteresse wirkt **Loewenherz e.V.** in den letzten Jahren durch Schaffung gemeinsamer Reflexions- und Diskussionsräume für gesellschaftsbezogene, realitätskritische Diskurse entgegen. Zu betonen ist jedoch, dass die Politiker*innen und die Lokalgesellschaft die Präsenz dieser Menschen als Teil der Lokalgesellschaft und die Wichtigkeit deren politisch-gesellschaftlichen Partizipation mit ihren Expertisen und Fähigkeiten im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess anerkennen und wertschätzen. Denn, "Wertschätzung hat auch einen Preis."

○ **Zuwanderer*innen bringen im Hinblick auf den gerechten, sozialen und nachhaltigen Gestaltungsprozess der Lokalgesellschaften wertvolle Kompetenzen, Wissen und Erfahrungen mit, die einen wegweisenden Beitrag dazu leisten können.**

Um unseren kommunalen Raum der Zukunft zusammen zu gestalten strecken wir als "Brückenbauer*innen" die zum dialogbereiten Teile der Lokalgesellschaften und die Entscheidungsträger*innen kommunaler Angelegenheiten die Hand aus.

Wenn ich auf die vier letzten Jahre meiner Vereins- bzw. Netzwerkarbeit zurückblicke, so beschäftigen mich einerseits folgende Fragen:

- Welche Instrumente und praktikable Ansätze sind in der Netzwerkarbeit zu verfolgen, um die Schwierigkeiten bei der Schaffung einer kritisch-konstruktiven Dialogebene, des gemeinsamen Verständnisses bzw. von beständigen Strukturen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zu verstehen und zu überwinden?
- Wie können die Dialog- und Kompromissbereitschaft sowie die belastbaren Vertrauensverhältnisse zwischen den Hauptakteur*innen der Migrant*innenselbstorganisationen und –initiativen für eine koordinierte und strukturierte Zusammenarbeit initiiert und weiter entwickelt werden?

Andrerseits ist ein aufzubauendes Netzwerk von zugewanderten Menschen oder Kooperationen mit regionalen Vereinen und Initiativen im Landkreis im Hinblick auf ihre stärkende Wirkung des Engagements unseres Vereins zwingend erforderlich, um

- die kommunalpolitischen Akteur*innen in Aktion zu bewegen, über Belange zugewanderter Menschen mitzureden, auseinanderzusetzen und mitzugestalten.
- gemeinsam mit den politischen Entscheidungsträger*innen Handlungswege zu demokratisch legitimierten, tragfähigen politischen Partizipationsstrukturen herauszuarbeiten und somit eine stabile, beständige politische Teilhabe zu schaffen.

Wer den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf Lokal-Kommunalebene anstrebt, soll die Sorge und Nöte aller Bürger*innen ernstnehmen sowie auf ihre Ängste und Perspektivlosigkeit eingehen.

**Rassismus ist so
omnipräsent,
dass es schwer ist,
ihn zu übersehen
und doch
wird er beharrlich
wegerklärt.**

Der Erfolg von diversen, vielfältigen Lokalgesellschaften erfordert eine massive Investition in sozialen Zusammenhalt. Denn es gibt keinen Frieden ohne Teilen, Gerechtigkeit und Solidarität. Demnach lautet unsere Schlussfolgerung: Rassismus beeinträchtigt das Leben vieler Menschen, er ist eine wahrnehmbare Gefahr für unsere Demokratie und Freiheit.

Rassismus ist ein gesellschaftliches Machtverhältnis, verbunden mit der

Regulierung des Zugangs zu Ressourcen und Chancen sowie der Legitimierung des Ausschlusses von anders aussehenden Menschen, insbesondere Schwarzen Menschen, genauso wie Gewalt. Wir können die Probleme von Ungleichheit in diesem Land nicht ignorieren.

- Seitens des Loewenherz e.V. ist eine Foto- und Textausstellung "Der MENSCH" geplant, in der Fotos und Textauszüge aus den Audio-Interviews von 25 zugewanderten in Ost- und

Westdeutschland wohnhaften Menschen bzw. Müttern über Erlebnisse aus ihrem Leben als Reise veröffentlicht werden. Wir laden die Einwohner*innen unserer Region zur Ausstellung in naher Zukunft ein.

Denn diese interviewten Menschen haben uns etwas zu sagen.

Gekoppelt mit informativen Wanderausstellungen und Videoclips veranstalten wir im Rahmen unseres Vorhabens "Lernen in Globalen Zusammenhängen" gesellschafts-, umwelt-, nachhaltigkeits- und entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit für Schulen, Vereine, zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen.



- **Lehrer*innen und Schüler*innen im Landkreis sind von uns aufgerufen, ihre Bereitschaft zur Planung und Umsetzung schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit an ihren Schulen aufzubringen, um gemeinsam Orte des Verstehens zu schaffen.**

(1) Gonzalez D., Bluhm H., Mulugeta E. (2020):

Vom informellen Selbsthilfenetzwerk zur geförderten Migrantenselbstorganisation. In: Projekt-Abschlusspublikation "Stimmen für die Vielfalt. Perspektiven und Ansätze im Bereich der Migration, Integration und Teilhabe in Brandenburg" (Hrsg.): Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V., Potsdam S. 37 – 40

Wie kann es gelingen, die globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Flucht, Migration, Verteilungsgerechtigkeit, Ressourcenverbrauch usw. auf die kommunale Ebene zu übertragen und sie gleichzeitig strategisch im kommunalen Handeln zu verankern?

Liegt die strukturelle Bereitschaft der Entscheidungsträger*innen kommunaler, lokaler Angelegenheiten für die Kooperation mit unserem Verein bzw. den Aufruf zum gemeinsamen politischen Dialogprozess vor?

Konkret hat **Loewenherz e.V.** in Anlehnung an das unseren Erfahrungen zufolge erstellte Positionspapier mit Fragebogen ein Projekt konzipiert, indem gemeinsam ein offener und transparenter Dialogprozess mit den kommunalpolitischen Akteur*innen initiiert wird.

Beginnend ab Mai 2019 bis zum Januar 2020 sandten wir mehrere Schreiben "**Fragen zu einem klaren politischen Kompass**" an die Kreistagsfraktionen und zwei Briefe an die Kreisverwaltung sowie an das Amt Brück und die amtszugehörigen Gemeindevertretungen mit der Bitte um ihre Stellungnahme zu unseren Anliegen. Sie zeigten bisher außer der Integrationsbeauftragten, der Piratenpartei und der Partei BVB Freie Wähler quasi keine aktive Bereitschaft ihrerseits dafür, mit **Loewenherz e.V.** direkt in Dialog zu treten.

**Wenn Gesagtes
mehr als Taten
zählt und
sachliche, offene
Debatten nicht
wertgeschätzt
werden, ist unsere
Demokratie in
Gefahr.
Das stellt die
Kommunalpolitik
vor enorme
Herausforderungen.**

Unter den konkreten Umständen,

– "Alleingelassen bzw. ausgesetzt zu sein", der besonderen, psychischen und sozialen Herausforderungen vieler geflüchteten Menschen, bedingt durch die menschenrechts- bzw. menschen- und demokratieverachtenden Umgänge, rassistische und (strukturell) diskriminierende Praktiken, Sorge mit spürbarer Chancenungleichheit in Bezug auf den Zugang zu Ausbildungsmarkt und Beschäftigung,

– Wahrnehmung der langandauernden Dominanz der öffentlichen und politischen Debatte in Bezug auf "Flüchtlinge" in einer "tief gespaltenen" Gesellschaft sowie der allgegenwärtigen rassistischen, rechts populistischen Diffamierung und Vorurteile gegenüber

geflüchteten und migrierten Menschen,

hilft das Desinteresse der weiten Teile der Entscheidungsträger*innen kommunaler, lokaler Angelegenheiten an offenen, öffentlichen, transparenten Debatten im Sinne von lokaler

Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt nicht weiter und ist den Grundwerten Gerechtigkeit und Gleichheit nicht gerecht.

Gestützt auf meine Recherchen, Beobachtungen und die Ergebnisse dieser Befragungen und Interview-Projekte halte ich folgendes fest:

– Der mangelnde Wille seitens der Kreistagsabgeordnete sich an dieser Befragung zu relevanten Themen wie Flucht, Migration, Rassismus, Klimaschutz etc. zu beteiligen, zeugt von mangelndem Verantwortungsbewusstsein, Mut und fehlender Diskussionsbereitschaft.

Mittels für mich erklärungsbedürftigen und nicht nachvollziehbaren Argumenten wurde die Beantwortung und Teilnahme an der Befragung abgewimmelt.

– dass eine sichtbar unterschiedliche Herangehensweise einer Kreistagsfraktion an die von **Loewenherz** e.V. und von anderer Initiative eingereichten Anliegen wahrgenommen wird. Ich erkenne unterschiedliche Ernsthaftigkeit bzw. Bereitschaft zur offenen und transparenten Bearbeitung unserer Fragen. Dies geschieht nach meiner Auffassung durch einige Politiker*innen bewusst und daher diese geringe Wertschätzung unserer ehrenamtlichen Arbeit wird von uns offen, transparent und kritisch angegangen.

○ **Unsererseits werden jedoch die Einladung zur Vorstellung unseres Vereins durch den Sozialausschuss Borkheide sowie die Schriftwechsel via E-Mail mit einigen Parteifraktionen als wegweisend angesehen.**

Die fehlende Kommunikation bzw. erschwerte Zugänge zu Partizipationsprozessen in den im Kreistag vertretenen Parteien und deren mangelnde Interesse zum Dialog mit Migrant*innenselbstorganisationen sind nach meiner Auffassung zurückzuführen

- zum einen auf die jahrelange gesellschaftliche und politische Ignoranz gegenüber den zugewanderten Menschen,
- zum anderen auf das Fehlen strukturierter partizipativer Prozesse und konkreter Erfahrungen mit geeigneten Beteiligungsmöglichkeiten und –formen am politischen Leben.

Dies sind unsere Herausforderungen der Zukunft.

Sind Sie als gewählte(r) Kreistagsabgeordnete(n) bereit, Veränderungen im Umgang und Kommunikation mit anders denkenden und aussehenden Mitmenschen Rechnung zu tragen?

Sind Sie zur kritischen Überprüfung und Öffnung ihrer Parteistrukturen und -verfahren bereit?

Loewenherz e.V. erinnert unseren politischen Akteur*innen und Entscheidungsträger*innen eindringlich daran, dass es Teil ihres politischen Auftrags ist, die bedeutenden Anliegen dieser Menschen zu respektieren, wertzuschätzen und transparent in den kommunalpolitischen Dialog mit einzubeziehen. **Wir werden sie wissen lassen, dass wir größere Verantwortlichkeit, mehr Taten und mehr Transparenz von ihnen erwarten.**

**Sei es die
Klimabedrohung
oder die Migration,
finden wir Lösungen
nur, wenn wir
miteinander statt
übereinander reden.**

- Wie gelingt es uns, die seit langem anhaltenden menschen- bzw. -rechtsverachtenden Zustände u.a. in der Ausländerbehörde des Landkreises gegenüber den geflüchteten Menschen zeitnah offenzulegen und eine ernsthaft transparente Aufarbeitung durch die im Kreistag vertretenen Parteien zu erreichen?
- Wie gelingt es uns, die Kommunalpolitik, insbesondere die Politiker*innen auf Kreis- und Lokalebene in Aktion zu bewegen bzw. endlich in Dialog mit der Lokalbevölkerung zu treten und für mehr Klarheit, Transparenz und Kohärenz gegenüber Flucht, Migration, Rassismus usw. zu sorgen?

Gestützt auf unsere zahlreichen Workshops mit zugewanderten im Landkreis lebenden Menschen nehme ich wahr, dass viele dieser Menschen das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit in die restriktive Politik und in die Kreisverwaltung verlieren.

Eine freiheitliche Demokratie schöpft dennoch ihre Kraft aus ihrer soliden Einbettung in eine lebendige Zivilgesellschaft, und zwar samt Menschen mit und ohne Migrations- oder Fluchtbiographie. Und diese alle Menschen brauchen wir in dem aktiven und effektiveren Angehen kommunaler Herausforderungen in der globalisierten Welt. Neben dem Profilierungswettbewerb der im Kreistag vertretenen Parteien bzw. Politiker*innen, auch Parteiintern, ist auch das Gemeinwesen im Blick zu behalten und ihn zu schärfen, zwingend erforderlich.

Kreis- und Amtsverwaltung sowie Kommunalpolitik müssen die Frage beantworten, wie eine Einbindung der Minderheit, u.a. der zugewanderten bzw. migrierten und geflüchteten Menschen, in Beteiligungsprozessen stattfinden kann. Durch effiziente Formen von Partizipationsmöglichkeiten bzw. -strukturen soll ein uns angemessenes Gewicht im politischen Beteiligungsprozess zugestanden werden.

10

Folglich müssen die Kommunalpolitiker*innen eine offene Debatte als Herausforderung begreifen, die letztlich eine große Chance bietet. Veränderungen schmerzen – und tragen jedoch Chancen und Möglichkeiten in sich.

- **Wir – Loewenherz e.V. – arbeiten weiterhin an der Frage, wie Dialogprozesse mit den Entscheidungsträger*innen kommunaler Angelegenheiten für eine koordinierte und strukturierte Arbeit initiiert werden kann.**
Wir sind bereit.
-

Liegt der Wille der einigen Initiativen oder Vereine in unserer Region zur Kooperation mit unserem Verein bzw. zum Aufruf eines Dialogprozesses vor?

Nach meiner in unserer Region verbreiteten Wahrnehmungen zugrundeliegenden Auffassung ist bedenklich, dass die schon seit Jahren geschriebene und debattierte "Interkulturelle Öffnung" in öffentlichen Organisationen als ein Wunschprozess zu begrenzen ist, da es eine große Kluft zwischen der verstärkten Debatte darüber und dem Getanen besteht.

Zudem ist diese Auffassung zu bekräftigen, dass viele Zuwanderer*innen durch ihre Erfahrung und aus ihrer Perspektive heraus, Dinge sehen und bedenken, die andere nicht sehen. Und sie kommen so zu besseren Ideen und Inhalten. Auch dieser Vorsprung muss anerkannt, wertgeschätzt werden.

Desweiteren sind die fehlenden zum dialogbereiten Initiativen bzw. Vereinen und kommunalpolitischen Akteur*innen in unserer Region von uns – **Loewenherz** e.V. – als Kernproblem angenommen. Darum wird dies seit einigen Jahren in unseren Projekten thematisiert.

Im Bezug auf unserer an der lokalen Koordinierungs- und Fachstelle eingereichten Projektanträge der letzten Jahre und deren Entscheidungsabläufe des Begleitausschusses sowie meiner Teilnahme an dessen Treffen stelle ich fest, dass eine große Überlappung der Vertreter*innen von Kommunalverwaltungen und Vereinen zu registrieren ist. Daher bedarf es die bewusste Einbeziehung von Vertretungen der bürgerlichen Gesellschaft, um eine breite öffentliche Debatte zu fördern, eine breite Kompetenz im Umgang mit Diversität bzw. eine breite Diversität an Sichtweisen einzubinden.

Sind Sie als Vertreter*in kommunaler Verwaltung bereit, das, was Sie verwaltungstechnisch vertreten, auf sich selbst anzuwenden?

Es ist wichtig den Anspruch, welchen wir an Andere privat und/oder beruflich stellen, selbst zu erfüllen.



Ich stelle mir abschließend die Frage, welche Schlussfolgerungen können aus der

- Begrüßungs- und Abschlussrede auf dem "ersten" Integrationsforum in Werder am 18.12.2019 sowie

- Diskussion bezüglich Punkt 6.10 der Tagesordnung der 6. Sitzung des Kreistages "Potsdam - Mittelmark zum ""sicheren Hafen" für Menschen auf der Flucht erklären" am 14.05.2020, an denen ich teilnahm, gezogen werden. Ich formuliere meine eigenen Auffassungen wie folgt:

- Ich finde in der Art der Rede und in

den Argumentationen der Redner auf dem Forum keinen wegweisenden Ansatz, der dessen Titelmotiv "Gute Zusammenarbeit für gelingende Integration" gerecht wird.

- Ich erlebe verstärkt Politiker*innen, die nur große Reden schwingen, aber quasi keine problem- bzw. ursachenbezogenen und verantwortungsbewussten Lösungsansätze bieten. Ein mächtiger Auftritt hat noch nicht die Macht für bedeutende Veränderungen bzw. Wahrheiten.
- Ich dachte an den erlebbaren Rassismus, als ich wiederholt die Aussage mehrerer Kreistagabgeordnet*innen "Eine Grenze erreicht." zuhörte. So sind sie meiner Auffassung nach von kohärenter und verantwortungsbewusster Politik fern.

Was wir brauchen ist eine selbstbewusste, aber auch zum Dialog interessierte Zivilgesellschaft, insbesondere politisch aktive zugewanderte Mitmenschen auf lokal-kommunaler Ebene. Wir sehen die Ziele einer vorurteilsbewussten und inklusiven Lokalgemeinschaft wie Respekt für die Diversität zu entwickeln, das kritische Nachdenken über Ungerechtigkeit, Vorurteile und Diskriminierung anzuregen, sowie sich aktiv Diskriminierung, Vorurteilen usw. zu widersetzen.

Wir – **Loewenherz e.V.** – sind im Hinblick auf unsere Funktion des "Brückenbauens" bereit, Begegnungsräume für kritisch-konstruktive Auseinandersetzungen mit divergierenden Ansichten zur Erweiterung gegenseitigen Verständnisses zu schaffen. Es gilt andererseits, uns als Kommunalakteur*innen einzuordnen, mit uns auf Augenhöhe zu kommunizieren und uns einzubinden und damit das gegenseitige Vertrauensverhältnis auszubauen.



Wir möchten klarstellen, dass wir in diesem Aufsatz nicht auf jede einzelne Migrationsbewegung im Land Brandenburg eingehen und darstellen wollen.

Jede Bedenken, Auffassungen oder Sichtweisen sind einerseits mit Vorsicht und vor allem sehr differenziert und in den entsprechenden Kontexten zu lokalisieren und zu interpretieren.

Wir betonen ausdrücklich, dass Meinungen, Sichtweisen und Gegenmeinungen jeder(m) Leser*in sehr willkommen sind.

August 2020

IMPRESSUM
እንቺ፡ ማነሽ? - እንዴትስ፡ ትኖራለህ?
Wer bist Du? - Wie lebst Du?

Die Darstellung unterschiedlicher Wahrnehmungen und Perspektiven von Menschen mit Fluchtgeschichte mit ihrer Umwelt und ihrer gesellschaftlichen Partizipation

Herausgeber: **Loewenherz e.V. - ሎኸን፡ ኸርትስ፡ ማሀቦር**
Redaktion: **Dr. Ermyas Mulugeta**
E-Mail: **emu-mat@t.online.de**